

KPD-Vorstoß stellt die Lakaien der Kapitalsdiktatur!

# Ghied-Landtag deut Notverordnungsfürs!

Regierungserklärung für Polizei und Notstand! Auf Schiecks Anweisung lädt Wedel nicht über KPD-Antrag abstimmen! Nur Lahmer Mutschmanns. Abstimmung der SPD- und Nazi-Redner bei Ghied. Kampf der Kommunisten zur roten Einheitsfront gegen Not und Realien, für roten Volksentscheid gegen Faschismus, Ghied-Brüning-Diktat und Tolerierungspolitik!

Dresden, den 18. Dezember 1931.

Die geistige Stellung des Sächsischen Landtages und ihr Vertrag brachte die volle Verächtlichkeit der schweren Anklagen die die kommunistische Fraktion durch ihre Vertreter gegen das Ghied-Landtag eröffnete. Auf die Regierungserklärung, die der Innenminister Richter zu den gestern beratenen Anträgen über Naziautorität und Polizei-Zuständigkeiten gab. Nach dieser Erklärung deutet die Ghiedregierung jede Handlung auf Grund von Anträgen ab, wenn sie nicht nach ihrer Meinung „die Staatsautorität haben“. Ein Bericht der Käppelgruppe lehnt es selbstverständlich ab, Poloziers bestehend in der Teil der Regierungserklärung, in dem angeblich endlich Jodl über die Verteilung der politischen Zusammensetzung noch schuldigen Parteien festgelegt ist. Danach sollen die Kommunisten in 185, die Nazis in 80 (!) „Angestellte anderer Parteien“ in 24 Städten als schuldig erkannt werden sein, während in 185 Fällen „die Schuldfrage nicht einwandfrei geklärt werden konnte...“. Diese Stellung ist nicht ihre „Objektivität“ bezüglich auf der Stütze gesetzt, da sie die Ghiedorgane, es sind die „unabhängigen Richter“ die diese Dinge „gelaufen“ haben. Sie haben auch das nicht gemacht, was ihnen „unmöglich“ erschien. Von allen kommunistischen Anklagen wird nichts beantwortet, als der Vorwurf, daß die Dresdner Polizei im Bunde mit den reformistischen und sozialdemokratischen Parteien gegen die revolutionären führen der Freiheitsträger gemeinsame Aktion durchführt. Auch das ist natürlich von der Ghiedregierung gegeben. Da gegen wird in der Regierungserklärung sehr politisch das übernommen, was der Ghiedtag fordert: Entlastung schärfster Maßnahmen gegen die revolutionäre Freiheit, Asyl und Propaganda. Die Regierung hoffbarkeit ist rechts mit den Wahlen zum Reichstag am 19. Februar, die die Ghiedregierung, model für andere mit Recht besitzt, doch nicht nur im Reich und Preußen durch die SPD, sondern auch in Braunschweig durch die Nazis die Durchführung der Naziverordnung garantiert wird.

Genosse Sindermann stellte zunächst in seiner Rede fest, daß die Regierung auf alle kommunistischen Anklagen keine Antwort gefunden hat, weder auf die unrichtige Widerrede des Artikels der Arbeiterrückende, durch das Dresden-Polytechnikum, das über die Arbeiterrückende das Verbot erlangt hatte, noch wegen der Nazipropaganda und der Verhinderung der Beamtentrechte bei der Polizei.

KPD-Vorstand „zweifelt nicht am guten Willen der Regierung“.

Der Redner der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Liebmann, geht darauf die wahre Einstellung der SPD bei der Stellungnahme in den KPD-Anträgen. Er bestätigte die Maßnahmen der Sozialen Polizei in Leipzig, nannte die empörenden Vorwürfe in der „Arbeitszeit“ „komplette Harmlosigkeit“ und las für die Aufrechterhaltung des Verbaus der Betriebs- und Gewerbegebäude ein. Dabei mußte er selbst feststellen, daß aus der Sicht von Sicherheitskräften nicht nur bei den Nazis, sondern auch bei der Polizei gar nicht ausdrücken können und bestreite die Rechtmäßigkeit des Arbeiterrückende der Regierung. Schließlich erklärte er, daß die SPD-Fraktion nicht an dem guten Willen der Regierung zweifle, dem Terror ein Ende zu machen. Das war eine offene Abstimmung der Tolerierungspolitik.

Offene Abstimmung der Nazis bei der Regierung. Nazis-Studentenfraktion gibt „Legitimitätsklärung“ ab.

Das heile Gespenst vom Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion der Brüningschen Diktatur bildete die Rede des Nazis-Studentenfraktion. Nach einer Fülle von demagogischen Worten, denen die Haushälter angehören, die Tribüne

füllten Hitler gegenüber dem internationalen Finanzkapital, auf die Stütze geschrieben ist, gab auch er eine ausdrückliche Abstimmungserklärung ab. Mit empörenden Pathos vertrug er die Terrasse des Nazis zu verteidigen und drohte es sogar fertig, zu erklären, daß niemand mehr die Gewalttat beobachten als er selbst. Während er dann die gefälschte Totenliste der Nazis ernsthaft anführte, und in provokativer Weise die moralisch erneuerte über den Abwehrkampf der Betriebsarbeiter gegen den Werkschahnamus, ließ Genosse Sindermann in 24 Städten auf der Tribüne auf der Seite des Dritten Reiches nieder. Schließlich wurde diese Rede zu einem wahrlichen Gesang mit der SPD über die Frage, wer eigentlich am meisten regierungstreit und „moralisch“ sei. Zum Schlusse tritt er die Abstimmung so weit, daß er mit Verbrennung vor der Regierung erklärt.

Die Nazis betrachten die Ghiedminister als persönlich laubere, unanständige, schuftende Männer, von denen sie nur die Bezeichnung anderer politischer Bewegungen. Diese widerliche offene Abstimmung hat keine besondere Gründe.

Genosse Mutschmann, der politische Vorgesetzte des sonst so zarten Studentenfraktion, lobt nämlich während der Rede Kommunismus auf der Tribüne, um die Abgabe dieser lächerlichen Legitimitätsklärung persönlich zu überwachen.

Das Bild änderte sich mit einem Schlag, als der Vertreter der Kommunistischen Fraktion, das Wort erhielt. Während die Spannung auf den Tribünen sichtlich wurde, verliehen die Nazis geschlossen den Soal,

Genosse Sindermann

kenntzeichnete in prägnanter Form die eklektizierenden, verlogenem Legitimitätsansprüche der Hitlergarden. An Hand einwandfreien Materials charakterisierte er die moralische Entwicklung der Nazis als steiles Heuchelei. Er kennzeichnete die Demagogie der Leute, deren Äußerer sich als dünnhäutiger Testfelder des internationalen Kapitals erwies, und die hier mit ihrer Legitimitätsklärung über ihren brutalen Mordkurs hinwegzutäuschen wolle. Wir antworten auf Ihre Drohungen:

Wir werden sehen wer stärker ist, die langen Messer der SA oder die Arbeiterfaust am Hebel des Elterfestes (Sturmische Zustimmung bei den Kommunisten und auf den Tribünen). In eindringlichen Worten und in sachlicher Art erklärte dann der Genosse Sindermann mit den vorzülichen SPD-Gouvernern ob, die glauben, mit ein paar bombastischen Reden im Parlament den Massen einen „Kampf gegen Faschismus“ auszuführen zu können, während sie gleichzeitig mit der Politik des kleinen Hebels jede Kapitalistenunterwerfung führen und sich schon auf die Tolerierung des Brüningschen Blodes vorbereiten. Wie Kommunisten führen einen anderen Kampf. Wir dulden keine Bündnisse mit den Trägern des Faschismus, mit der herrschenden Rasse, mit der Diktatur des Finanzkapitals. Wir wollen die lärmende Einheitsfront, die in den Massenstreiks von Braunschweig und Riesa ihren höchsten Ausdruck gefunden hat. So führen wir den Kampf gegen den Faschismus, das heißt gegen den Diktator des Kapitals in allen ihren Formen als einen Kampf um die Freiheit und Stärke der Kraft der Arbeiterrückende. Das ist Sinn und Zweck unserer sozialdemokratischen Einheitsfront. Dazu rufen wir den sozialdemokratischen und Reichsdarmer-Arbeitern die Brüderhand, dazu rufen wir zum Kampf für ein sozialistisches Deutschland! (Beifall und Händeschütteln auf den Tribünen und bei den Kommunisten).

Die Wirkung der Rede des Genossen Sindermann verblüfft Doktor Edel durch eine lange Rede abzuwarten, in der er wieder über die Nazis moralisiert, um dann in gehässigstem Stil die Kommunisten anzugehen. Zum Schlusse sagt er es zu erklären, daß in Riesa überhaupt kein Massenstreik stattgefunden habe.

Wedel verhindert eine sofortige Wiederlegung der Edel-Rede durch sofortige Vornahme der Abstimmung, bei der die kommunistischen Abstimmungen abgewählt werden. Wegen die Stimmen der KPD wird beschlossen, bei der Regierung lediglich eine „objektive Untersuchung“ des Verhaltens der Polizei-Organisation bei politischen Zusammenstößen zu fordern. Ein KPD-Antrag zur Verdienstförderung der gesamten Wandsbodenstrategien als Belag zu allen lächerlichen Zeitungen wird angenommen.

## Der Kampf um die Notverordnung

hatte die KPD-Fraktion voraus, zu beantragen, die neue Verordnung Brünings in Sachsen nicht durchzuführen. Der Redner der kommunistischen Fraktion,

Genosse Breitenborn

entfaltete den Kern und Inhalt dieser Notverordnung als eine Schlagwaffe für das kapitalistische System. Er kennzeichnete die Habsburger Front als Schriftsteller dieser Maßnahmen und tolte dann die Tolerierungsabschaffung der KPD- und ADGB-Führer auf, die mit ihren freien Vereinbarungen dem Wohn- und Gewerbeaufbau vorkommen und die sich als Gegengeschöpf der Auslieferung der Betriebsratswahlen aus Angst vor dem Marsch zum Reich erheben haben. Sie und ihre Politik verluden die Arbeiterrückende zu machen. Über Johannegeorgstadt und Mittweida, ebenso wie der Kampf der Baumwolle in Leipzig beweisen, daß die Arbeiter kämpfen wollen. Genosse Breitenborn widerlegt dann die Ekelnde Unwahrheit über Riesa, indem er an Hand der Meißner Volkszeitung nachweist, daß gegen den Willen der SPD-Bürgerschaft in Riesa fast sämtliche Betriebe am Tage der Besetzung des ermordeten Arbeiters ruhten und daß die Suhung der Betriebsräte von der KPD und KGO ausgegeben wurden sind. KPD und KGO werden auch dafür sorgen, daß das unter den Kosten der Kapitalistendiktatur stehende Volk abtreten mit allen Stücken dieses Systems im Kampf um dieVerteidigung der Lebensinteressen der Massen.

Die Ghiedregierung hat bereits erklärt, daß sie auch gegen einen Landtagsbeschluß die Notverordnung unter allen Umständen durchführen wird. Sie beweist damit nur die Unwidrigkeit der kommunistischen Massenmobilisierung im roten Volksbegehr und Wollsontheit zur Verteidigung dieses Landtags, zum Kampf gegen Not und Realien!

KPD-Rede gestaltet: Notverordnung... verhüllte Diktatur

Der ADGB-Vorstand räumt auch selbst erklären, daß die Notverordnung nur „verhüllte und abgeschwächte Diktatur“ darstellt. Er macht einige Redensarten über das „Bedauernliche der Lohn- und Gehaltsentlastung“ bereit ab 1. Januar und unterläßt das Marsch vom Preisabfall. Er fordert dazu auf, die Wirkung der Notverordnung abzuwarten und heißt zum Schlus gegen das Volksbegehr. Die Brüningslaien im Sächsischen Landtag haben sich damit reißlos enttarnt.

Bei der Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Annahme der Regierung als gefährlich von Wedel einfach abgewiegt und damit ein lahmter Protest gegen die Notverordnung beschlossen. Darauf verzögert sich das „hohe Hans“ gegen die Stimmen der Kommunisten bis zum 19. Januar 1932. Herr Wedel bringt es dabei logar festig, „rode Weihnachten und frohes Festjahr“ zu wünschen... Das arbeitende lächerliche Volk wünscht diesem Landtag etwas anderes!

**Einfach nicht! zu glauben für die Dame gute feste Qualität und doch nur 3.90 das Paar**

Für hohe und flache Absatz.

HERRMANN

Sonntag den 20. Dezember von 11 bis 6 Uhr geöffnet

DeinWeg

zum Wissen mag führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

Führt Dich

etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh

zur Arbeiter-Buchhandlung

Rosensstraße 76  
Hinterhaus 1.

Briefbogen  
Rechnungen  
Mitteilungen  
Brieumtschläge  
Geschäfts- und  
Besuchskarten  
Familien-  
drucksachen

nehmen Sie uns bitte zu Auftrag  
Forderen Sie Angebote und  
unter Briefen und sein  
Sie als Kunden zu preisen

Neudrag



Sonntag, 20. Dezember

von 11 bis 18 Uhr

unsre Lebensmittel-, Fleischwaren- und Backwaren-Vertriebsstellen von 11 bis 14 Uhr

Montag, 21. Dezember

bis Mittwoch, 23. Dezbr.

sind unsre 3 Warenhäuser (Große Zwingergasse 12-14, Kesselsdorfer Straße 22 und Königsbrücker Straße 58) geöffnet von 8 bis 18.30 Uhr

unsre Sonder- Lebensmittel-, Fleischwaren- und Back-

waren-Vertriebsstellen von 11 bis 14 Uhr

Donnerstag, 24. Dezbr.

und 15 bis 19 Uhr

halten wir Warenhäuser und Verteilungsstellen geöffnet von 8 bis 17 Uhr

Konsumentverein

**VORWÄRTS**

Abgabe nur an Mitglieder